

## Parlamentswahlen in der Schweiz

Laut den jüngsten Prognosen können die Grünen bei der Wahl zum neuen Schweizer Parlament am morgigen Sonntag mit Stimmengewinnen rechnen. Dadurch wächst ihnen vielleicht schon in diesem Jahr ein Anspruch auf eine Regierungsbeteiligung zu.

# Bern erwartet eine grüne Welle

Themen des Wahlkampfes spielen den Ökoparteien in die Hände

Von Franz Schmider

Ein Ergebnis der Parlamentswahl in der Schweiz glaubt der Bundeskanzler bereits zu kennen: „Das Parlament dürfte wohl weiter männlich dominiert werden“, sagte Walter Turnherr unlängst in Bern, „aber die Dominanz dürfte zurückgehen.“ Der Chef der Bundesverwaltung, zuständig unter anderem für den korrekten Ablauf der Wahlen am Sonntag, ist zu Neutralität verpflichtet und verbindet mit seiner Aussage keine politische Wertung. Er liest nur die Zahlen: 40 Prozent der 4652 Bewerbungen um einen Sitz im Nationalrat stammen von Frauen, so viele wie noch nie in einem Land, das Frauen erst seit 1971 das Stimmrecht gewährt.

Turnherrs Prognose entspricht aber auch einem inhaltlichen politischen Trend, und der geht in Richtung grün. Und bei den Grünen beträgt der Frauenanteil mehr als 50 Prozent. Liegen nicht alle Umfragen gänzlich daneben, dann kommt die Grüne Partei Schweiz (GPS) auf mehr als zehn Prozent der Stimmen und schickt sich gar an, der Christdemokratischen Volkspartei (CVP) den vierten Platz streitig zu machen. Daneben tritt mit den Grünliberalen (GLP) eine weitere ökologisch orientierte Partei an, auch sie dürfte deutlich zulegen und könnte bis zu 7 Prozent erreichen. Dagegen verliert die erfolgsverwöhnte Schweizerische Volkspartei (SVP) an Zustimmung, die Sozialdemokraten bleiben stabil bei etwa 18,5 Prozent.

Zu dieser Verschiebung geführt hat die Konjunktur der Themen, Gleichberechtigung ist eines davon. Im Sommer erinnerte ein breites Bündnis von Verbänden und Organisationen mit einem nationalen Frauenstreiktag an die nach wie vor bestehenden Defizite bei der Gleichstellung von Männern und Frauen. Die zeigen sich im Parlament, wo Frauen mit 32 Prozent nach wie vor unterrepräsentiert sind. Sie zeigen sich in der Besetzung von Spitzenpositionen in der Wirtschaft, in der Bezahlung und nicht zuletzt hinke die Schweiz familienpolitisch

hinter Europa her. Zum Beispiel haben junge Väter Anspruch auf nur einen freien Tag nach der Geburt.

Immerhin: Im Wahlkampf wurde über diese Themen diskutiert, und dabei wurden auch Trennlinien sichtbar. Die Forderung nach einer Elternzeit von vier Wochen für Väter, wie sie eine Volksinitiative erhebt, nannte etwa der Publizist und SVP-Wortführer Roger Köppl in einer Fernsehdebatte einen Beweis dafür, dass die Schweiz „wohlstandsverblendet“ sei. Köppl gehen die zwei Wochen Elternzeit für Väter, die das Parlament gerade erst beschlossen hat, zu weit. Nach dem Beschluss des Parlaments zog die Initiative ihren Vorstoß zurück.

Und dann drängte zunehmend der Klimawandel als Thema in den Wahlkampf. Gerade in der Schweiz sind die Veränderungen durch die Erderwärmung besonders deutlich spür- und erfahrbar, vor allem an den abschmelzenden Alpengletschern, den drohenden Engpässen bei der Trinkwasserversorgung, aber auch den Problemen des Wintertourismus und dem Auftauen des Permafrostes. Inzwischen hat die

SVP, die die Verantwortung des Menschen für den Klimawandel lange Zeit geleugnet hat, diese Position geräumt – wenngleich Köppl vom Klimawandel als einer „massenpsychologischen Irreführung“ spricht. Seine Partei will der Erderwärmung aber nicht durch Lenkungsabgaben, wie sie gerade erst vom Parlament beschlossen wurden, begegnen, sondern setzt auf technische Lösungen. Die FDP droht an dem Thema zu zerbrechen, die Basis ist gespalten. Lange hatte die Parteispitze eine Positionierung vermieden, seitdem der Klimaschutz auf der Agenda weiter nach vorne gerückt wurde, gibt es heftige Kritik vom wirtschaftsliberalen Teil der Partei.

In einem ähnlichen Zwiespalt stecken die Sozialdemokraten in der Europafrage. Sie lehnen wie die national-konservative SVP das mit Brüssel ausgehandelte Rahmenabkommen ab, allerdings nicht aus allgemeiner EU-Ablehnung, sondern weil sie gemeinsam mit den Gewerkschaften die hohen Schweizer Löhne verteidigen. Zu-



Im Saal des Nationalrates im Berner Bundeshaus ist Platz für 200 Abgeordnete

FOTO: PETER MOSIMANN/PARLAMENTSDIENST

letzt warf auch die Grünen-Vorsitzende Regula Rytz der Regierung vor, sie habe „den Lohnschutz geopfert“, weshalb das Abkommen so nicht unterzeichnet werden könne. Das Verhältnis zur EU dürfte eines der zentralen Themen der kommenden Legislaturperiode werden. Schon im kommenden Jahr wird über eine Volksinitiative abgestimmt. Wahlberechtigt sind rund 5,5 Millionen Schweizerinnen und Schweizer, die Wahlbeteiligung liegt seit 40 Jahren stets unter 50 Prozent. Die gesunkene Wahlbeteiligung korrespondiert mit einer

Zunahme bei der Zahl der Referenden und Volksinitiativen, die als politisches Korrektivinstrument betrachtet werden.

Als einziges Mitgliedsland des Europarates hat die Schweiz kein Gesetz zur Parteienfinanzierung und auch keine Transparenzregeln, was zum Beispiel Spendengelder angeht. Das Schweizer Fernsehen hat die Parteien gebeten, die Aufwendungen für den Wahlkampf zu beziffern. Die SVP, die Partei mit den mutmaßlich größten Finanzmitteln, verweigerte als Einzige die Auskunft.

## „Die SVP kann durchaus Kompromisse eingehen“

**BZ-INTERVIEW** mit dem Politikwissenschaftler Andreas Ladner über den gebremsten Höhenflug der SVP und die Parallelen zur AfD

In den Parlamentswahlen zwischen 1995 und 2015 hat die Schweizerische Volkspartei (SVP) ihren Stimmenanteil von 14,9 Prozent auf 29,4 Prozent verdoppelt und über Jahre die politische Agenda bestimmt. Zuletzt blieben die Erfolge aus. Franz Schmider sprach darüber mit dem Parteienforscher Andreas Ladner von der Universität Lausanne.

**BZ:** Herr Ladner, die Umfragen zeigen, dass die erfolgsverwöhnte SVP mit Stimmenverlusten rechnen muss. Hat die Partei ihren Zenit überschritten?

**Andreas Ladner:** Die Prognosen sehen sie noch immer auf einem sehr hohen Niveau. Aber ja, man kann wohl davon ausgehen, dass das Ergebnis, das die SVP vor vier Jahren erreicht hat, das Maß der Dinge ist.

**BZ:** Die SVP hat ja auch einige Abstimmungen verloren. Auch das deutet doch eher darauf hin, dass sie ihr Potenzial ausgeschöpft hat.

**Ladner:** 30 Prozent sind in der Schweiz sehr viel. Ein Teil dieser Wähler sind der



Andreas Ladner

SVP nicht auf Lebzeiten treu. Unter den 30 Prozent sind nach wie vor viele Protestwähler, die sich mit der Art, wie die anderen Parteien mit gewissen Themen umgehen, einfach nicht anfreunden können. Aber mit 30 Prozent gewinnt man keine Abstimmung, man braucht immer auch die richtigen Themen und die Unterstützung aus anderen Parteien, um über 50 Prozent zu kommen.

**BZ:** Welche Faktoren haben denn den

**Aufstieg der SVP ermöglicht?**

**Ladner:** Sicher der abgelehnte EWR-Beitritt und das Verhältnis zu Europa, das war sehr wichtig. Und dann die Frage der Asylsuchenden und die Zuwanderung, die ja in der Schweiz im Verhältnis zur Einwohnerzahl viel stärker ist als in anderen europäischen Ländern. Weiter hat die SVP die Themen der Gewalt und inneren Sicherheit, den Missbrauch des Sozialwesens und viele Errungenschaften der 68er-Bewegung für ihre Zwecke erfolgreich bewirtschaftet.

**BZ:** Aber die Schweiz lebt in Wohlstand, die Zahl der Abgehängten ist doch gering.

**Ladner:** Es sind auch nicht nur die Abgehängten, die SVP wählen. In dem Sinne ist die SVP auch keine rechte populistische Protestpartei, die die Unzufriedenheit sammelt. Es sind mehrheitlich Leute, die stark in der Gesellschaft verankert sind.

**BZ:** Die AfD betont immer, die SVP sei ihr großes Vorbild.

**Ladner:** Die SVP ist aus einer traditionellen Partei heraus gewachsen. Diese Partei war stark agrarisch, gewerblich, ländlich

orientiert. Sie hat eine klare Ausrichtung. Sie ist zum Beispiel nicht gegen das politische System der Schweiz, sie beklagt aber, dass die politischen Eliten gewisse Themen nicht oder nicht in der gewünschten Form aufgreifen. Die SVP steht für die konservative Schweiz, die auf ihre Unabhängigkeit und Souveränität pocht. Sonst ist sie eher bürgerlich, sie arbeitet mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammen. Sie sieht sich daher auch nicht gerne in einem Lager mit der AfD oder der FPÖ in Österreich. Sie ist ja auch bereit, Verantwortung zu übernehmen, und hat viele Mandatsträger in den Kantonen und Gemeinden. Sie kann zudem durchaus Kompromisse eingehen. Es geht nicht um Machtübernahme. Denn im System der Schweiz muss man nicht an die Regierung kommen, man muss die Politik beeinflussen können.

**Andreas Ladner,** 61, lehrt an der Universität Lausanne Politik und leitet verschiedene Projekte des Schweizerischen Nationalfonds zur Parteienforschung.

### HINTERGRUND

#### Ein Parlament mit zwei Kammern

Das Schweizer Parlament besteht aus dem Nationalrat mit 200 und dem Ständerat, der Vertretung der Kantone, mit 46 Mitgliedern. Beide Kammern treten viermal pro Jahr für drei Wochen zusammen, Parlamentarier in der Schweiz sind keine Vollzeitpolitiker.

Die 200 Sitze im **Nationalrat** werden nach der Einwohnerzahl auf die Kantone verteilt. Zürich mit mehr als einer Million Einwohner ist mit 35 Nationalräten in Bern vertreten, der Kanton Uri mit einem (Basel-Stadt 5, Basel-Land 7, Aargau 16). Stärkste Partei im Nationalrat ist die nationalkonservative SVP mit 68 Sitzen, es folgen Sozialdemokraten (43), FDP (33) Christdemokraten (30), Grüne (12) und Grünliberale (7) sowie die Bürgerlich-Demokratische Partei (7).

Die 46 Sitze des **Ständerates** verteilen sich auf die 26 Kantone, wobei die 20 Vollkantone unabhängig von ihrer Größe je zwei Ständeräte direkt wählen, die sechs Halbkantone wie Basel-Stadt und Basel-Land stellen jeweils nur einen. Im ersten Wahlgang ist die absolute, in der Stichwahl (Ende November) die einfache Mehrheit erforderlich. Das führt dazu, dass die SVP lediglich sechs Ständeräte stellt.

Der Regierung (**Bundesrat**) gehören sieben Minister aus den vier großen Parteien und den drei Landesteilen an. Die Verteilung erfolgte seit 1959 unabhängig vom Wahlergebnis nach der „Zauberformel“: je zwei Sitze für SPS, CVP, FDP und einen für die SVP. 2003 musste die CVP einen Sitz an die SVP abtreten. In diesem Jahr könnte es dazu kommen, dass die Grünen mit Unterstützung der Grünliberalen einen Bundesratsitz beanspruchen. Der Bundesrat wird vom Parlament gewählt.

fs

### IMPRESSUM

**VERLEGER**  
Dr. Christian H. Hodeige, Wolfgang Poppen  
**CHEFREDAKTEUR:** Thomas Fricker (verantwort.)  
**STELLV. CHEFREDAKTEURE:**  
Holger Knöferl (Lokales)  
Markus Hofmann (Digitales)  
**CHEFREPORTER:** Stefan Hupka  
**POLITIK & DESKLEITUNG:** Dietmar Ostermann;  
**BLATTPLANUNG & REGIONALES:** Frauke Wolter,  
Ronny Gert Bürckholdt, Franz Schmider;  
**WIRTSCHAFT:** Dr. Jörg Buteweg; **KULTUR:**  
Alexander Dick; **SPORT:** René Kübler;  
**SCHLUSSREDAKTION:** Anselm Bulhoff;  
**LAYOUT/GRAFIK:** Wolfgang Grabherr;  
**BZ-EXTRA:** Michael Sträter  
**KORRESPONDENTENBÜROS** in Berlin, Stuttgart,  
Brüssel, London, Paris, Straßburg, Rom, Washington,  
Moskau, Peking und Johannesburg

**BADISCHER VERLAG GMBH & CO. KG,**  
Lörracher Str. 3, 79115 Freiburg  
Telefon 0761 - 496-0  
Fax Redaktion 0761 - 496-5029  
Fax Abonnentenservice 0761 - 496-8696  
Fax Geschäftsführung Verlag 0761 - 496-4709  
**E-MAIL-ADRESSEN:**  
kontakt.redaktion@badische-zeitung.de  
aboservice@badische-zeitung.de

**GESCHÄFTSFÜHRER:** Wolfgang Poppen  
**ANZEIGEN:** Ralph Strickler (verantwort.)  
**VERTRIEB:** Thomas Zehnle  
**PERSONAL, RECHT UND KAUFMÄNNISCHE LEITUNG:** Nadja Poppen

**ANZEIGENANNAHME:**  
Telefon 0800 - 22 24 221 Fax 0800 - 2224 229  
E-Mail: anzeigen@badische-zeitung.de  
Internet: www.badische-zeitung.de/anzeigen  
www.schnapp.de

**DRUCK UND VERSAND:**  
Freiburger Druck GmbH & Co. KG  
Lörracher Str. 3, 79115 Freiburg

**WAN IFRA**  
INTERNATIONAL NEWSPAPER  
COLOR QUALITY CLUB

Die Badische Zeitung ist Mitglied im International Color Quality Club der weltbesten gedruckten Tageszeitungen.

Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet. Keine Haftung für unverlangt eingesandtes Text- und Bildmaterial. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 82 vom 1. Januar 2019.

Die Tageszeitung der **BZ** medien